

## Anhang zur BIBB-Pressemitteilung 13/2022 vom 11.05.2022

### **Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2022**

Wir bedanken uns beim Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie beim Bundesinstitut für Berufsbildung für den vorgelegten Bericht. Dieser ist umfassend und informativ. Er gibt einen guten Überblick über den aktuellen Stand in der Berufsbildung und liefert zugleich zahlreiche Hintergrundinformationen für Detailanalysen.

Aus- und Weiterbildung sowie die Umsetzung der Prüfungen in der beruflichen Bildung sind auch im vergangenen Jahr während der Pandemie allen Widrigkeiten zum Trotz überwiegend gelungen. Berufsschulen, Ausbildungsbetriebe und zuständige Stellen haben es gemeinsam mit den Auszubildenden geschafft, trotz aller Herausforderungen die Berufsausbildung für die Absolventinnen und Absolventen zu einem gelungenen Abschluss zu bringen. Hierfür gebührt allen ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Lehrerinnen und Lehrern unser herzlicher Dank.

Die Situation am Ausbildungsmarkt bleibt auch nach zwei Jahren mit Corona-Einschränkungen herausfordernd. Die Gefahr einer Abwärtsspirale bei den Neuverträgen ist nicht gebannt. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt trotz einer Steigerung von 1,2 % deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Es besteht die Gefahr, dass sich der Ausbildungsmarkt wie schon nach der Finanzkrise nicht mehr gänzlich erholt. Dies hätte schwerwiegende negative Konsequenzen für die Lebenschancen einer großen Zahl junger Menschen und für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Unternehmen.

Für eine abschließende Bewertung der Auswirkungen der Corona-Einschränkungen im Hinblick auf die Vertragslösungsquote und die Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen, die den vorliegenden Daten nach mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind, ist es noch zu früh, denn der Berichtszeitraum bildet noch nicht die Situation im Jahr 2021 ab. Viele Auszubildende werden

einen bedeutenden Teil ihrer Ausbildung nur unter Corona-Bedingungen kennengelernt haben. Angebote wie Prüfungsvorbereitungen werden deshalb noch eine längere Zeit notwendig bleiben. Für eine langfristige Erholung des Ausbildungsgeschehens sollen wieder mehr Betriebe für die Ausbildung und mehr Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze gewonnen werden. Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote wie auch der deutliche Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber sind wichtige Signale für die weitere Entwicklung. Für die Bekämpfung des Fachkräftemangels ist es außerdem erforderlich, das passgenaue Zusammenführen von Angebot und Nachfrage weiter zu verbessern. Dafür muss die berufliche Orientierung gestärkt und eine bedarfsorientierte Unterstützung gewährleistet werden, um den Übergang in Ausbildung sicherzustellen. Unser Ziel ist es, alle angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen und alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber in eine Ausbildung einmünden zu lassen.

Alle Akteure der beruflichen Bildung müssen deshalb die Anstrengungen für den Übergang Schule-Beruf und für die Attraktivität der beruflichen Bildung fortsetzen, weiterentwickeln und zielgerichtet ausbauen.

## **Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber**

Die Beauftragten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im BIBB-Hauptausschuss danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung für den umfassenden, detaillierten und ausgewogenen Berufsbildungsbericht 2022.

Die Corona-Pandemie hat ein zweites Jahr lang die Berufsbildung massiv beeinflusst. Die Auswirkungen erstreckten sich von der beruflichen Orientierung über die Berufsausbildung bis zur beruflichen Weiterbildung. Gemessen an den großen Herausforderungen, die damit einhergingen, sind die erzielten Resultate durchaus als Erfolg zu bewerten. Das Berufsbildungssystem erweist sich weiterhin als robust und krisenfest.

Die berufliche Orientierung litt erneut darunter, dass ein persönlicher Kontakt kaum möglich war. Das betraf auf der einen Seite die Informations- und Beratungsangebote beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit. Auf der anderen Seite konnten sich Ausbildungsbetriebe und Bewerberinnen und Bewerber nicht in gewohntem Maße kennenlernen. Azubi-Speeddatings oder Betriebspraktika konnten nur bedingt und unter Einhaltung aller Hygienemaßnahmen stattfinden. Sowohl ausbildende Unternehmen als auch junge Menschen agierten in einem von Unsicherheiten gekennzeichneten Umfeld. Den Unternehmen fehlte es an wirtschaftlicher Planungssicherheit, einer Grundvoraussetzung für ein Ausbildungsengagement. Bewerberinnen und Bewerber hatten mitunter Zweifel, ob die Berufsausbildung der richtige Weg in den Beruf ist. Viele Absolventinnen und Absolventen entschieden sich für einen anschließenden Schulbesuch zur Erreichung eines höheren Abschlusses oder für die Aufnahme eines Studiums. Trotz der von Unsicherheit geprägten Ausgangssituation wurden 2021 mit 473.100 immerhin 1,2 % mehr neue Ausbildungsverträge als im Vorjahr geschlossen. Das sind über alle Wirtschaftsbereiche hinweg zwar 9,9 % weniger als 2019 vor der Corona-Pandemie. Gleichwohl stehen die Freien Berufe und der Agrarsektor bezogen auf die Neuverträge besser da als 2019.

Auch während der Ausbildung standen die Folgen der Pandemie dem etablierten Verlauf entgegen. Einige Branchen bildeten aus, obwohl der Geschäftsbetrieb aufgrund der Lockdowns nahezu vollständig zum Erliegen gekommen war. Andere Branchen waren ebenfalls durch die Kontaktbeschränkungen erheblich eingeschränkt und bildeten fernab des Arbeitsalltags aus. In den Berufsschulen kam es zu Schulschließungen. Zudem musste punktuell – insbesondere aufgrund von Quarantäne beziehungsweise Isolation – in das Distanzlernen gewechselt werden.

Trotz der äußerst widrigen Umstände wurden gute Ausbildungsergebnisse erzielt. Die Vertragslösungsquote lag unter der des Vorjahres. Das große Engagement des betrieblichen und schulischen Ausbildungs- und Lehrpersonals hat sich ausgezahlt. Dennoch steht zu befürchten, dass sich Lerndefizite aufgrund der pandemiebedingten Schulschließungen in den kommenden Jahren auf den Ausbildungserfolg auswirken könnten. Vor diesem Hintergrund sind weiterhin bedarfsorientierte Fördermaßnahmen zu gewährleisten und ist die Prüfungsvorbereitung weiterhin zu fördern.

Im Weiterbildungssektor machte sich die Pandemie durch ausgefallene Präsenz-Lehrgänge bemerkbar. Viele Kurse konnten zwar online absolviert, andere jedoch mussten ersatzlos gestrichen werden.

Dank des persönlichen Einsatzes aller Beteiligten konnten sowohl in der Aus- als auch in der Weiterbildung unter Einhaltung strenger Hygienemaßnahmen Prüfungen durchgeführt werden. Die dabei erzielten Bestehensquoten entsprechen in etwa den Werten vor Corona.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hat Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in eine nie dagewesene Situation gebracht und sie vor enorme, teilweise existenzielle Herausforderungen gestellt. Frühzeitig wurden – mit Unterstützung von Politik und Verwaltung – Wege gefunden, die wirtschaftlichen Folgen abzumildern. Aber die Fachkräfteversorgung bleibt ein Engpassfaktor. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber investieren im eigenen Interesse in die Sicherung ihres Fach- und Führungskräftebedarfs. Dies zeigt sich auch im konstant hohen Ausbildungsengagement. So bilden 78 % der ausbildungsberechtigten Unternehmen kontinuierlich oder mit Unterbrechung aus. Auch das Angebot an Ausbildungsplätzen stieg 2021 um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr auf 536.200. Rund die Hälfte der angebotenen Ausbildungsstellen standen Schülerinnen und Schülern mit einem Hauptschulabschluss, die nur noch 17 % der Bewerberinnen und Bewerber ausmachen, offen. Dennoch blieben von den Ausbildungsangeboten Ende des Berufsberatungsjahres mehr als 63.000 Stellen unbesetzt. Das entspricht einem Zuwachs von 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter ab dem 30. September gewinnen zunehmend an Bedeutung. Anders als im Vorjahr wurden für das sich anschließende „fünfte Quartal“ insgesamt wieder mehr Ausbildungsstellen als Bewerberinnen und Bewerber registriert. Rechnerisch entfielen 117,9 Stellen auf 100 Personen. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber konnte im

Rahmen der Nachvermittlungsaktion weiter reduziert werden, dennoch blieben viele Stellen unbesetzt.

Auch für das kommende Jahr gilt es, mit vereinten Kräften für die Stabilisierung der Berufsbildung einzutreten. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen bringen zusätzliche Herausforderungen mit sich. Wenn alle Akteure der Verantwortungsgemeinschaft ihren Beitrag zur Erreichung des gemeinsamen Ziels leisten, kann der infolge von Corona festzustellende Rückgang der Ausbildungszahlen gestoppt und wieder ausgeglichen werden. Der Zuwachs an Neuverträgen in 2021 gegenüber dem Vorjahr ist eine Trendwende, an die angeknüpft werden kann. Wege zu mehr Ausbildungsverträgen führen über eine klischeefreie berufliche Orientierung, die weitere Ansprache von Mädchen/jungen Frauen sowie die Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund für eine duale Berufsausbildung. Sie bildet einen fundierten Einstieg ins Berufsleben, ermöglicht krisenfeste Beschäftigung und schafft den Zugang zu attraktiven Karriereoptionen.

## **Ergänzende Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer**

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt bietet keinen Grund zum Aufatmen. Die leichte Erholung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge darf nicht über die tieferliegenden, strukturellen Herausforderungen hinwegtäuschen. Das duale Ausbildungssystem erfüllt eine zentrale Funktion für Chancengleichheit im Bildungssystem und bietet durch gut ausgebildete Fachkräfte die Basis für wirtschaftliches Handeln der Betriebe. Die Zahlen des Berufsbildungsberichts zeigen, dass beide Funktionen nur noch unzureichend erfüllt werden.

Eine Fokussierung auf die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze verschleiert die tatsächlichen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Den 63.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen stehen immer noch 68.000 junge Menschen gegenüber, die weiterhin ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten und auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind. Hinzu kommen 20.000 ehemalige Bewerberinnen und Bewerber, bei denen kein Vermittlungsauftrag mehr besteht, die aber arbeitssuchend gemeldet sind. Auch können Nachfrage und Angebot nicht einfach gegeneinander aufgerechnet werden, weil sie regional und branchenspezifisch sehr unterschiedlich ausfallen.

Besorgniserregend ist der drastische Rückgang der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Es ist zu befürchten, dass viele junge Menschen durch die Einschränkungen der Berufsorientierung nicht erreicht werden konnten und auf andere Wege ausgewichen sind. Hierfür sind dringend weitere Untersuchungen notwendig.

Trotz des Fachkräftemangels münden immer noch nur rund zwei Drittel der ausbildungsinteressierten jungen Menschen tatsächlich in eine reguläre Ausbildung ein. Damit wird das große Potenzial zur Gewinnung von Auszubildenden deutlich, das von den Betrieben nicht ausgeschöpft wird.

Dagegen ist der Anteil der Betriebe, die sich an der Ausbildung beteiligen, erneut auf einen Tiefstand gesunken. Beteiligt sich 2012 noch 21,2 % der Betriebe an Ausbildung, sank die Ausbildungsbeteiligung bis 2020 auf 19,4 %. Seit vielen Jahren schon ist dieser Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung zu beobachten, der zu einer immer größeren Schieflage führt. An den Kosten der Fachkräftesicherung sollte sich nicht nur eine kleine Minderheit der Betriebe beteiligen.

Zu viele junge Menschen bleiben jedes Jahr ohne qualifizierte Berufsausbildungsstelle. Bei ihnen ist die Gefahr hoch, dass sie letztlich ohne Berufsabschluss bleiben und vor einem Erwerbsleben mit prekären Jobs stehen. Die Zahl der jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss steigt seit Jahren und beträgt nun 2,32 Mio. Menschen. Diese Entwicklung darf nicht länger hingenommen werden.

Die Bundesregierung muss deshalb die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Versprechen zur Stärkung der beruflichen Bildung schnell angehen. Wir dürfen es uns nicht mehr leisten, Menschen auf dem Weg in die Ausbildung zu verlieren, und wir müssen allen die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen.

Dazu gehört vor allem die Umsetzung der Ausbildungsgarantie. Mit einer solchen Garantie bekämen alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen eine Chance auf eine Ausbildung und einen Berufsabschluss. Warteschleifen auf dem Weg zur Ausbildung und ein steigender Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss müssen deshalb der Vergangenheit angehören. Begleitet werden muss diese Ausbildungsgarantie von einem umlagefinanzierten Zukunftsfonds, um alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung von Fachkräften zu beteiligen und diejenigen zu unterstützen, die ausbilden.

Neben der Ausbildungsgarantie muss die Berufsorientierung an Schulen und bei den Arbeitsagenturen verbessert und gestärkt werden. Auch muss ein systematisches regionales Übergangsmanagement von der Schule in die Arbeitswelt geschaffen werden. Jugendberufsagenturen sollten hierfür institutionell und konzeptionell in allen Regionen etabliert werden. Ausbildungslotsen der Jugendberufsagentur sollten ein Netzwerk zu den Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsanbietern der Region haben und im direkten Kontakt mit den für Berufsorientierung an den Schulen zuständigen Lehrkräften stehen. So können sie junge Menschen am Übergang zwischen Schule und Ausbildung gezielt unterstützen.

Eine Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung muss außerdem den zweiten Lernort Berufsschule stärken. Bund und Länder müssen deshalb dringend den Pakt für Berufsschulen auf den Weg bringen und in Ausbildungskonzepte, Gebäude, Ausstattung und Lehrkräfte investieren.

## **Ergänzende Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder**

Die Beauftragten der Länder im Hauptausschuss des BIBB danken den zuständigen Ressorts sowie dem BIBB für die Erstellung des umfassenden Berichts.

Aus Sicht der Beauftragten der Länder sollte ein besonderes Augenmerk auf die Gruppe der unbekannt verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber gerichtet werden. Wie bereits auch schon in früheren Berufsbildungsberichten dargestellt, gibt es hier höhere Anteile von Personen mit maximal Hauptschulabschluss und von Personen mit Migrationshintergrund als in der Gruppe derer, bei denen die Einmündungs- oder weiteren Bildungswege bekannt sind. Auffällig ist auch der hohe Anteil an Altbewerberinnen und Altbewerbern unter den unbekannt Verbliebenen. Dies zeigt, dass diesen jungen Menschen offenbar wiederholt der Übergang in Ausbildung beziehungsweise der Abschluss einer Ausbildung nicht gelungen ist.

Herausforderungen bei der Passung von Angebot und Nachfrage sind differenziert zu beleuchten und auf berufsbildungspolitischer Ebene durch unterschiedlich akzentuierte Instrumente und Maßnahmen zu adressieren. Kontakte zu Betrieben (zum Beispiel im Rahmen der Einstiegsqualifizierung, durch andere Praktika oder durch Probearbeiten) tragen entscheidend zu einem gelingenden Übergang in betriebliche Ausbildung bei. Dies gilt insbesondere für junge Menschen mit Migrations-/Fluchthintergrund. Ebenfalls wirken sich Beratung und Begleitung der jungen Menschen durch Jugendberufsagenturen positiv aus. Neben den vielfältigen Maßnahmen der einzelnen Bundesländer ist hierbei auch auf die positiven Auswirkungen der Initiative Bildungsketten hinzuweisen, die Einzelmaßnahmen der Berufsorientierung mit Mitteln des Bundes unterstützt.

Viele der durch die Pandemie hinzugekommenen Herausforderungen bleiben auch für das Jahr 2022 zunächst bestehen und verlangen weiterhin gemeinsame Anstrengungen und Lösungsstrategien, um sowohl bundesweit als auch regional ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen zu gewährleisten und die Attraktivität der dualen Berufsausbildung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gilt es aber auch, die jungen Menschen zu motivieren und zu überzeugen, dass eine duale Berufsausbildung nach wie vor Zukunft hat und gute und attraktive Beschäftigungsperspektiven bietet, um ausreichend Bewerberinnen und Bewerber für die angebotenen Ausbildungsplätze zu gewinnen. Hier bestehen deutliche regionale und



berufsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Regionen mit Versorgungs- und Besetzungsproblemen.

Unser gemeinsames Ziel muss es weiterhin sein, die Folgen der Corona-Krise auf die Ausbildung abzumildern und konstruktiv zu gestalten. Das besondere Engagement der Akteure sowie flankierende Hilfen des Bundes und der Länder zur Sicherung der Berufsausbildung sind weiter notwendig. Die Länder danken allen Betrieben und an der Umsetzung der dualen Ausbildung Beteiligten für ihr Engagement und die gemeinsame Anstrengung zur Aufrechterhaltung des Ausbildungsgeschehens.